

Gemeinsame Sitzung der Landespräsidien Hessen und Niedersachsen  
11.7.2015, Kassel

Die Präsidien der SPD-Landesverbände Hessen und Niedersachsen haben sich erstmals am 11. Juli in Kassel getroffen und anstehende Aufgaben der SPD miteinander besprochen. Sie wollen in den nächsten Jahren enger zusammenarbeiten und sich mit strategischen Fragen der Sozialdemokratie befassen. Im Einzelnen wurden u. a. folgende Themen beraten:

Auf der Grundlage des Mitgliederentscheides und der Koalitionsvereinbarung hat die SPD in der Bundesregierung eine Reihe von bemerkenswerten Erfolgen durchsetzen können. Lediglich beispielhaft seien erwähnt der Mindestlohn, die Rente nach 45 Beitragsjahren, Fortschritte bei der doppelten Staatsangehörigkeit, eine finanzielle Entlastung der Kommunen, die Mitpreisbremse und die Frauenquote in Aufsichtsräten. Die SPD-Landesverbände Hessen und Niedersachsen würdigen diese Arbeit ausdrücklich. Die Bundes-SPD hat gegebene Wahlversprechen glaubwürdig umgesetzt.

Auf Basis der Koalitionsvereinbarung sind noch wichtige Vorhaben zu erledigen. Das gilt zum Beispiel für die vorgesehene Reform der Leiharbeit und eine Eindämmung von Schein-Werkverträgen. In dieser Hinsicht droht eine Blockade durch die Union, vor der eindringlich zu warnen ist. Die SPD hat bei sehr umstrittenen Vorhaben Koalitionsdisziplin bewiesen und muß von der Union dasselbe erwarten können.

Darüber hinaus stellen sich neue Herausforderungen, auf die die Bundesregierung reagieren muß. Es ist offensichtlich, dass Kommunen und Länder mit der Bewältigung von Flucht und Asyl alleine überfordert sind. Der Bund muss bei dieser gesamtstaatlichen Aufgabe höhere Beiträge leisten. Erforderlich sind weitere strukturelle Entlastung der Kommunen und eine deutliche Beschleunigung der Verfahren durch eine angemessene Ausstattung des zuständigen Bundesamtes. Darauf hat die SPD-Bundestagsfraktion immer wieder gedrungen. Den Ankündigungen der Bundeskanzlerin und des Innenministers müssen nach der Sommerpause Taten folgen.

Die SPD-Landesverbände Hessen und Niedersachsen begrüßen ausdrücklich die vom Parteivorstand begonnene Diskussion über die sozialdemokratischen Perspektiven zur Bundestagswahl 2017. Das vorgelegte Impulspapier bietet dafür einen Anstoß. Notwendig ist jetzt eine breite, solidarische Diskussion innerhalb der SPD, an der sich die beiden Landesverbände engagiert beteiligen werden. Zum Zeitpunkt des Bundesparteitages am Jahresende muß Klarheit bestehen über die wesentlichen Eckpfeiler unseres Weges in den nächsten Jahren.

Inhaltlich stimmen beide Präsidien darin überein, dass ein programmatischer Dreiklang notwendig ist: Soziale Gerechtigkeit - Bildung und Innovation - Arbeit und Wirtschaft. Gerade in Zeiten eines spürbaren gesellschaftlichen und technologischen Wandels muß die SPD soziale Sicherheit und Konzepte für eine gute Zukunft miteinander verbinden. Dabei sind wir sicher: Ein aktiver, vorsorgender Sozialstaat ist am besten geeignet, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Mit einem Konzept auf einer solchen Grundlage ist die SPD gut vorbereitet auf den politischen Wettbewerb.

Beide Landesverbände sind mit Blick auf die großen Veränderungen unserer Zeit der Auffassung, dass der Bundesparteitag die Vorbereitungen für ein überarbeitetes Grundsatzprogramm, das spätestens im Jahr 2020 beschlossen werden sollte, einleiten sollte.